

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 9

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VEREINIGTES KÖNIGREICH

«Frauenproblem»

Der Verteidigungsausschuss des britischen Parlaments ist alarmiert. Ein Ende Juli veröffentlichter Bericht zeigt auf, dass zwei von drei Frauen während ihrer Dienstzeit bei den königlichen Streitkräften irgendeine Form von Missbrauch, Mobbing, sexueller Belästigung oder Diskriminierung erlebte. Insgesamt wurden 4100 Soldatinnen befragt. Der Report selbst gibt sich das Prädikat «einer der wichtigsten Berichte in der Geschichte der britischen Armee» zu sein. Konkret gaben 58% der aktiven Frauen und 64% der Veteraninnen an, in der Vergangenheit schikaniert, belästigt oder diskriminiert worden zu sein. Auch sexuelle Übergriffe, gefügig machen mittels Drogen bis hin zu Gruppenvergewaltigungen gehören dazu. Problematisch: Die meisten der Befragten gaben an, dass das Militär nicht genug dagegen unternehme. Immerhin aber seien die Zustände heute besser als früher. Sarah Atherton (Tories), Vorsitzende des britischen Verteidigungsausschusses, meint dazu, dass es schwierig sei, nicht von diesen Geschichten über körperliche und emotionale Traumata berührt

zu sein. «Eine Frau, die im Militär vergewaltigt wird, muss oft mit dem mutmasslichen Täter zusammenleben und arbeiten, da sie befürchtet, dass ihre Karriereaussichten beeinträchtigt werden, wenn sie sich – zu Recht – beschwert. Unsere Empfehlungen versuchen deshalb, dies zu mildern. Und wir fordern das Verteidigungsministerium auf, sämtliches kriminelles Verhalten direkt anzugehen», meint Atherton. Diese Empfehlungen gehen so weit, dass geprüft wird, ob sexuelle Vergehen nicht länger vor Kriegsgericht, sondern zivil zu Urteil gebracht werden sollen. Denn die Verurteilungsquoten seien in der Militärjustiz weitaus tiefer. Die Vorsitzende meint deshalb, dass «unseren Soldatinnen hier die Gerechtigkeit vorenthalten würde». Sie betont aber gleichfalls, dass das Militär in den letzten Jahren diesbezüglich viel geleistet hätte, aber die Armee sei in vielerlei Hinsicht eben eine Männerwelt. Immerhin, laut Times Magazin gehören die britischen Streitkräfte zu den Top 50 Arbeitgebern im Land. Aktuell sind ca. 5500 aller Reservisten weiblich (14%) und in den regulären Streitkräften identifizieren sich knapp 10% aller Soldaten als Frau.



Soldatinnen des 2. Bataillons der Royal Highland Fusiliers. Bild: Royal Logistic Corps



Taiwan im Fokus: Der Wolkenkratzer Taipei 101. Bild: Taipei Times

USA / JAPAN / TAIWAN

Trilateralismus und Säbelrasseln

Nach einem ersten «trilateralen strategischen Gespräch» zwischen Abgeordneten aus den USA, Japan und Taiwan forderte Chinas Aussenministerium Tokio und Washington dazu auf, sofort jegliche offizielle Kommunikation mit Vertretern der Insel Taiwan einzustellen.

China forderte die USA und Japan Ende Juli dazu auf, ihre Verpflichtungen in der Taiwan-Frage einzuhalten und keine falschen Signale an die Kräfte der «Taiwanesischen Unabhängigkeit» zu senden. Zuvor hatten die beiden Verbündeten ihre Bemühungen verstärkt, mit der Insel über offizielle Kanäle in Kontakt zu treten.

Medienberichten zufolge fand in diesem Zuge im Juli per Videolink das erste trilaterale strategische Gespräch zwischen Abgeordneten aus den USA, Japan und Taiwan statt, bei dem der ehemalige japanische Premierminister Shinzo Abe seine Unterstützung für die Teilnahme Taiwans an internationalen Organisationen wie der Weltgesundheitsversammlung (WHO) zum Ausdruck gebracht habe.

Der Sprecher des chinesischen Aussenministeriums, Zhao Lijian, kommentierte den Dia-

log auf einer regulären Pressekonferenz wie folgt: «Sowohl die Form als auch der Inhalt sind negativ und falsch. In Wirklichkeit ist es die gleiche alte Leier, und niemand interessiert sich dafür.»

Die Taiwan-Frage betreffe die politische Grundlage der Beziehungen zwischen China und den USA sowie zwischen China und Japan. Washington und Tokio hätten die Verantwortung, sich an die Grundsätze der politischen Dokumente zu halten, die sie mit China unterzeichnet hätten, so Zhao.

Der Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats billigte einen Gesetzesentwurf, der US-Aussenminister Antony Blinken verpflichten könnte, in seinem Bericht an den Kongress zusätzliche Informationen über die Bemühungen zu liefern, Taiwan dabei zu helfen, seinen Beobachterstatus bei der WHO wiederzuerlangen.

China lehne diesen Gesetzesentwurf entschieden ab, betonte Zhao und forderte die USA auf, die Prüfung des Gesetzes zu stoppen und Taiwan nicht weiter bei der Ausweitung seines sogenannten «internationalen Raums» zu unterstützen. Die USA sollten sich der grossen Sensibilität der Taiwan-Frage bewusst sein und sich an das Ein-China-Prinzip, die drei Gemeinsamen Kommuniqués zwischen China und den USA sowie an das Völkerrecht und die grundlegenden Normen für in-

ternationale Beziehungen halten, fügte er hinzu.

Oberst Wu Qian, ein Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums, sagte zu Schritten der USA, Washington

würde sich nur selbst schaden, wenn es mit dem Feuer spielt. Mit der angewandten Salami-taktik in der Taiwan-Frage würden sich die USA nur «in die eigene Hand schneiden».

Wu warnte auch die regierende Demokratische Fortschrittspartei (DPP) auf der Insel davor, die Situation falsch einzuschätzen und durch das Eingehen von Risiken Probleme heraufzube-

schwören, da eine Zusammenarbeit mit den USA in der Sezessionsfrage dem taiwanesischen Volk und der DPP selbst ebenfalls nur schaden würde.

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

Dayton am Ende?

China und Russland haben im Juli ein Dokument zu Händen des UNO-Sicherheitsrates ausgearbeitet, das die Zukunft von Bosnien und Herzegowina und damit dem Balkan insgesamt umschreibt. Es ging darin um nichts anderes, als das Amt des «High Representatives», der über die Umsetzung des Dayton-Agreements von 1995 und damit die Resolution 1031 des

UNO-Sicherheitsrates wacht, abzuschaffen. Ende Juli wurde in New York abgestimmt: 2 Stimmen dafür, bei 13 Enthaltungen. Konkret sah die Forderung Russlands und Chinas vor, den Posten des internationalen hohen Vertreters für Bosnien und Herzegowina bis Juli 2022 abzuschaffen. Unter Experten wird dies als diplomatischer Coup gewertet, um die Lage auf dem Balkan bewusst zu destabilisieren. Damit hätte es für Russland einfacher werden sollen, seinen sicherheitspolitischen Einfluss in der Region zu stärken und seinen Freund Serbien zu unter-

stützen. Nebeneffekt: das Dayton-Agreement, das den Bosnienkrieg (1992–1995) beendete, wäre hinfällig geworden. Eigentlich ist Russland der Garant dieses Abkommens, deshalb mutet die gescheiterte Sicherheitsratsaktion seltsam an. Für Moskau steht indes fest: Der hohe Vertreter in Sarajevo hat seine Arbeit getan. Dort seien die Parteien mit ihren Gesprächen unterdessen gefestigt und erfolgreich, was insbesondere aus Sicht der bosnischen Serben das besondere Amt obsolet mache. Wie aber die rechtliche und sicherheitspolitische Stabilität im immer noch fragilen Bosnien und Herzegowina gestaltet werden sollte, konnte Russland nicht erklären. Denn immerhin, der UNO Repräsentant kann verbindliche Entscheidungen treffen oder gewählte Vertreter ihrer Posten entheben. Und genau hier könnte das Problem gelegen haben. Turnusgemäß wurde im August der deutsche Diplomat Christian Schmidt zum hohen Vertreter gewählt. Für den Kreml eine Fehlbesetzung, denn er wird offenbar

nicht von allen Seiten gleichermaßen unterstützt. Einer seiner grössten Widersacher ist der Anführer der bosnischen Serben und gleichzeitiger Vorsitzender des Staatspräsidiums und damit Staatsoberhaupt Milorad Dodik. Der Russische Rat für internationale Angelegenheiten veröffentlichte dazu ein Papier, das dem ganzen Ansinnen eine politische Legitimation erteilen soll. So sollen laut dieser russischen Denkfabrik «die Anführer der Republika Srpska in letzter Zeit über die Notwendigkeit einer Änderung der Dayton-Ordnung für das Land diskutiert haben». Moskau versucht damit nicht nur, sämtlichen Ambitionen Bosniens und Herzegowinas sich an EU- und auch NATO anzunähern, bereits frühzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen, sondern trägt damit aktiv dazu bei, die Lage in der Region zu destabilisieren und mögliche Abspaltungsam-bitionen des serbischen Teils zu unterstützen.



Damals: Historischer Händeschlag Izetbegovics (Bosnien) mit Milosevic (Serbien) unter den Augen des kroatischen Präsidenten Tudjman. Bild: European Western Balkans

INDIEN

Indien verlegt 50 000 zusätzliche Soldaten an die Grenze zu China

Indien hat weitere 50 000 Soldaten an seiner umstrittenen Himalaya-Grenze zu China stationiert. Das Land bereitet seine Verteidigungslinie gegenüber China. Das Reich der Mitte testet immer wieder die Geduld der Inder mit gezielten Intrusionen.

Im Jahr 2020 kam es zu einem Gefecht an der Grenze, bei dem 20 indische und vier chinesische Soldaten starben, sowie eine Militäroperation Indiens Ende August 2020, bei der Tausende von indischen Soldaten eine Reihe von Bergkämmen in der Nähe des Pangong-Tso-Sees einnahmen, der Teil der derzeitigen De-facto-Grenze zwischen Indien und China ist.

Mit den jüngsten Truppenverlegungen hat Indien nun mindestens 200 000 und einigen Berichten zufolge sogar 250 000

Soldaten an seiner Nordgrenze stationiert. Laut einem Bericht, der anfangs Juli von Bloomberg veröffentlicht wurde, wurden die zusätzlichen Truppen auf mindestens fünf Stützpunkten entlang der gesamten, mehr als 3000 Kilometer langen Grenze Indiens zu China stationiert. 20 000 von ihnen bezogen in Leh im indisch kontrollierten Gebiet Ladakh Stellung. Zusammen mit der angrenzenden, von China gehaltenen Hochlandregion Aksai Chin ist der Osten Ladakhs der Brennpunkt des ak-

tuellen Aufflammens des chinesisches-indischen Grenzstreits.

Indien ist ausserdem dabei, die Infrastruktur in den Grenzregionen auszubauen, indem es neue Befestigungen, Flugplätze sowie Strassen- und Eisenbahnverbindungen errichtet, um Truppen und Nachschub schnell transportieren zu können. Als die indische Luftwaffe im Spätsommer letzten Jahres die ersten der 35 von Frankreich gekauften Rafale-Kampffjets in Besitz nahm, setzte sie diese sofort über Ladakh ein. Indien hat

ausserdem ein neues, gegen China gerichtetes Geschwader mit 18 Kampffjets in Ambala im nordindischen Bundesstaat Haryana aufgestellt und beabsichtigt, bald ein ähnliches Geschwader auf seinem Luftwaffenstützpunkt Hasimara in Westbengalen zu stationieren, um den östlichen Abschnitt seiner Grenze zu China zu überwachen.

Unter Berufung auf «informierte Kreise» heisst es in dem Bloomberg-Bericht, dass sich das indische Militär in Stellung gebracht hat, um eine weitaus



Panzer an der indisch-chinesischen Grenze. Bild: Indische Armee

aggressivere Haltung einzunehmen. «Während früher», so der Bericht, «Indiens Militärpräsenz darauf ausgerichtet war,

Bewegungen Chinas zu blockieren, wird die Umgruppierung den indischen Truppen mehr Möglichkeiten geben, bei Be-

darf anzugreifen und Territorium in China zu erobern – eine Strategie, die als «offensive Verteidigung» bezeichnet wird.» Ausserdem seien die indischen Streitkräfte nun mobiler. Dies ist auf kürzlich erworbene Helikopter aus US-amerikanischer Produktion zurückzuführen, die Soldaten und Artillerie, einschliesslich der Haubitze M777 aus britischer Produktion, im Himalaya «von Tal zu Tal» transportieren können.

KOREANISCHE HALBINSEL

Nordkorea warnt Südkorea vor Militärübungen mit den USA

Wenige Tage nach der Wiederherstellung monatelang getrennter Kommunikationskanäle mit Südkorea hat Nordkorea den Nachbarn vor neuen gemeinsamen Militärübungen mit den USA gewarnt.

Solche Übungen betrachte sie als «unerwünschtes Vorspiel», das den Willen der Anführer Süd- und Nordkoreas unterlaufen würde, gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen, erklärte die einflussreiche Schwester des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-Un, Kim Yo-Jong. Auch würde es «in den innerkoreanischen Beziehungen den Weg nach vorne einnebeln», wurde sie von den Staatsmedien zitiert.

In der Erklärung Kims wurde in Südkorea der Versuch gesehen, Druck auf Seoul auszuüben, damit es die Militärmanöver absagt. Kim wies auf die Sommermanöver hin, die die verbündeten Streitkräfte der USA und Südkoreas normalerweise im August beginnen. Die kommunistische Führung in Pjöngjang sieht in solchen Manövern eine Vorbereitung zu

einem Angriff – ein Vorwurf, den Washington und Seoul bestreiten.

Wann und in welchem Umfang das Sommermanöver in diesem Jahr laufen könnte, ist derzeit nach Angaben Südkoreas noch unklar. Seoul befürchtet, die Übungen könnten den Bemühungen um neue Verhandlungen mit Pjöngjang über sein Atomwaffenprogramm zuwiderlaufen. In den vergangenen Jahren hatten die USA und Südkorea einige Übungen auch aus diplomatischen Gründen bereits reduziert.

Süd- und Nordkorea hatten nach langer Funkstille in der letzten Juli-Woche ihre offiziellen Kommunikationsverbindungen wieder geöffnet. Die Einigung ging nach Angaben beider Seiten auf einen Briefwechsel Kim Jong-Uns mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-In seit April zurück.

Die Öffnung der Kommunikationsleitungen solle nicht anders verstanden werden als «eine physische Wiederverbindung», erklärte jetzt Kims Schwester. Dadurch ausgelöste Spekulationen über ein neues innerkoreanisches Gipfeltreffen seien voreilig.

PHILIPPINEN

Manila zieht Kündigung von Militärabkommen mit den USA zurück

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte hat die Aufkündigung eines wichtigen Militärabkommens mit den USA endgültig zurückgezogen. Das sogenannte Visiting Forces Agreement (VFA) sei wieder «in vollem Umfang in Kraft», sagte Verteidigungsminister Delfin Lorenzana bei einer Pressekonferenz mit seinem US-Kollegen Lloyd Austin. Duterte hatte den geplanten Ausstieg bereits dreimal verschoben, zuletzt wurde das Abkommen im Juni verlängert.

«Vergangene Nacht, nach einem Treffen zwischen Minister Austin und dem Präsidenten (...) entschied der Präsident, das Kündigungsschreiben zurückzuziehen», sagte Lorenzana Mitte Juli. «Wir sind wieder auf dem richtigen Weg.»

Austin begrüsst die Entscheidung, die «ein gewisses Mass an Gewissheit für die Zukunft gibt». Ein «starkes, widerstandsfähiges Bündnis» zwischen den USA und den Philippinen werde für die Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand im indopazifischen Raum «von

entscheidender Bedeutung bleiben».

Der philippinische Präsident hatte im Februar des vergangenen Jahres den Ausstieg aus dem Abkommen angekündigt, welches den rechtlichen Rahmen für die amerikanischen Militärpräsenz in dem südostasiatischen Inselstaat darstellt. Zuvor hatte der ehemalige philippinische Polizeichef Ronald Dela Rosa berichtet, die USA hätten ihm sein Visum entzogen. Manila sah darin eine amerikanische Sanktion wegen des harten Vorgehens Dela Rosas gegen die Drogenkriminalität.

Duterte hatte seit seinem Wahlsieg 2016 wiederholt mit der Aufkündigung des VFA und der militärischen Zusammenarbeit mit den USA gedroht. Das Abkommen von 1998 ist auch Grundlage für zahlreiche, jährlich stattfindende gemeinsame Militärmanöver sowie Trainings der philippinischen Streitkräfte.

Das fast 70 Jahre alte Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten hat in den Philippinen viele Kritiker. Sie bemängeln, das Bündnis garantiere US-Soldaten, denen Straftaten vorgeworfen werden, eine Vorzugsbehandlung.